



**Resolution der Kantone Tessin, Waadt, Zug, Uri und Graubünden  
verabschiedet an der Delegiertenversammlung in Frauenfeld, 29. Mai 2010**

## **SP Schweiz: Partei des nationalen Zusammenhalts und der Solidarität mit Minderheiten**

Die finanziellen Schwierigkeiten der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR idée suisse) haben zu einer Polemik über die Aufteilung der finanziellen Mittel unter den Sprachregionen des Landes geführt. Verschiedene Vertreter von Medien und Politik haben unter anderem vorgeschlagen, einen oder mehrere Radio- oder Fernsehsender italienischer Sprache einzustellen und ausserdem den heutigen Verteilschlüssel, welcher zur Aufteilung der Radio- und Fernsehgebühren angewandt wird, in Frage zu stellen. Der Finanzausgleich erlaubt es, den vier Unternehmenseinheiten „Radio Suisse Romande (RSR)“, „Télévision Suisse Romande (TSR)“, „Radiotelevisione svizzera di lingua italiana (RSI)“ und „Radio e Televisiun Rumantscha (RTR)“ – einen überproportional grossen Anteil der Mittel zuzusprechen, damit sie konkurrenzfähige Programme in französisch, italienisch und rumantsch anbieten können.

Dieses Beispiel zeigt, wie bestimmte Werte – nationaler Zusammenhalt, Solidarität, Mehrsprachigkeit – im Lichte momentaner finanzieller Probleme sehr schnell aufs Spiel gesetzt werden. In der Tat lässt sich – insbesondere wenn in Zeiten wirtschaftlicher Krisen die finanziellen Mittel knapper werden – die Tendenz beobachten, dass Werte und Institutionen angegriffen werden, die unser Land zusammenhalten. „Rationalisierung“ und „Effizienz“ sind die Schlagwörter.

Es ist die Aufgabe der SP Schweiz, solchen Tendenzen entgegenzuwirken. Seit ihrer Gründung hat sich die SP ausgezeichnet als jene Partei, welche die schwächsten Gruppen der Gesellschaft verteidigt und für Solidarität der Mehrheitsgruppen gegenüber den Minderheiten eintritt. In der Schweiz – einem aus geografischer, kultureller, sprachlicher und religiöser Sicht heterogenem Land par excellence – ist der nationale Zusammenhalt relativ stark. Aber er ist nicht selbstverständlich. Um ihn zu erhalten, ist es notwendig, ihn jeden Tag aufs Neue zu bestärken, indem die Werte des solidarischen Föderalismus, des Respekts für Minderheiten sowie der Verteidigung der Schwächsten bekräftigt werden. Wichtig dabei ist der Grundsatz, dass diese Aufgabe in erster Linie den numerisch und wirtschaftlich stärkeren Gruppen zufällt. Konkret:

- **Sprachliche Mehrheiten und Minderheiten:** Die Mehrsprachigkeit ist ein fundamentaler Wert der Schweiz und muss bewahrt werden. Die SP Schweiz setzt sich zugunsten einer raschen Umsetzung des Bundesgesetzes über die Landessprachen („Sprachengesetz“) ein, für die Beibehaltung eines qualitativ hochstehenden Service Public bei Radio und Fernsehen in allen Landessprachen sowie für den Schutz von Institutionen, welche die kulturellen Werte der sprachlichen Minderheiten verkörpern. Insbesondere verlangt die SP Schweiz vom Bundesrat, so rasch wie möglich die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um das Sprachengesetz und die entsprechenden Verordnungen umzusetzen. Ausserdem widersetzt sich die SP Schweiz einer Änderung des aktuellen Verteilschlüssels der Empfangsgebühren zuungunsten der Sprachminderheiten. Die finanziellen Probleme der

SRG SSR sollen anders gelöst werden (zum Beispiel durch die Gewährung eines Teuerungsausgleichs für die Fernseh- und Radiogebühren oder durch die Aufhebung der Restriktionen bezüglich Internetwerbung für die SRG SSR).

- **Regionen des Mittellandes und Randregionen der Alpen/Voralpen:** Die Mittellandachse Genf-Lausanne-Bern-Basel-Zürich-St. Gallen ist die treibende Kraft für die Entwicklung des Landes. Die Politik muss jedoch auch den Randregionen Rechnung tragen, durch eine Regionalpolitik, welche diesen Namen verdient. Dies betrifft in erster Linie die Unternehmen, welche sich mehrheitlich im Besitz des Bundes befinden, wie etwa die Post, die Swisscom und die SBB, deren Aktivitäten und Arbeitsplätze nicht im Gebiet des Mittellandes konzentriert sein dürfen, selbst wenn dies aus wirtschaftlicher Sicht effizienter wäre.
- **Stadt und Land:** Zwar konzentrieren sich die sozialen Probleme oft in den Städten, in denen auch der grösste Teil der Schweizer Bevölkerung lebt. Dabei darf aber nie vergessen werden, dass auch das wirtschaftliche Potential in den urbanen Räumen viel grösser ist. Damit können sich städtische Regionen gegenüber den peripheren Gegenden meist einen klaren Wettbewerbsvorteil verschaffen und sich besser positionieren. Die SP Schweiz ist eine starke Partei in den Städten und muss dies auch bleiben. Ihre Präsenz auf dem Land darf aber nicht rein symbolischer Natur sein, sondern muss sich im konkreten Handeln bestätigen.

Nenad Stojanovic, Marina Carobbio Guscetti, Jacqueline Fehr und Fabio Pedrina  
Cesla Amarelle, Präsidentin SP Vaud  
Manuele Bertoli, Präsident SP Tessin  
Barbara Gysel, Präsidentin SP Zug  
Viktor Nager-Epp und Toni Moser, Geschäftsleitung SP Uri  
Jon Pult, Präsident SP Graubünden

**Stellungnahme der Geschäftsleitung:** Annahme

**Beschluss der Delegiertenversammlung:**

Annahme bei drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen